

Freiberger Anzeiger und Tageblatt.

Amtsblatt für die königlichen und städtischen Behörden zu Freiberg und Brand.

Verantwortlicher Redakteur Julius Braun in Freiberg.

№ 158.

Er erscheint jeden Wochentag Abends 6 Uhr für den andern Tag. Preis vierteljährlich 2 Mark 25 Pf., zweimonatlich 1 Mark 50 Pf. u. einmonatlich 75 Pf.

Dienstag, den 12. Juli.

Inserate werden bis Vormittags 11 Uhr angenommen und beträgt der Preis für die gekaufte Zeile oder deren Raum 15 Pfennige.

1881.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 11. Juli: Abnehmende Bewölkung, Temperatur wärmer, keine wesentlichen Niederschläge, oder ganz trocken.

Tageschau.

Freiberg, 11. Juli.

Die Wiedergenesung der deutschen Kaiserin ist soweit vorgeschritten, daß der Kaiser am Sonnabend Abend seine Reise nach Mainau antreten konnte. Gestern traf derselbe in Konstanz ein, woselbst er vom Großherzog von Baden und der Prinzessin Viktoria auf dem Bahnhofe empfangen wurde. Nach kurzen Aufenthalte und unter enthusiastischen Kundgebungen der Bevölkerung begab sich der greise Monarch dann per Dampfschiff nach der Insel Mainau. Dort wird er nur bis Mittwoch verweilen und dann die Reise nach Gastein antreten.

Der deutsche Botschafter in Konstantinopel, Graf Hatzfeldt, ist bis auf Weiteres mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Staatssekretärs im auswärtigen Amte zu Berlin betraut worden, gleichzeitig wurde derselbe mit der Stellvertretung des Reichsanzlers im Bereiche des auswärtigen Amtes beauftragt. Die definitive Ernennung des Grafen Hatzfeldt zum Staatssekretär in erwähntem Amte dürfte wohl bald nachfolgen, welcher Posten seit dem im Oktober 1879 erfolgten Tode des Staatsministers von Bülow unbesetzt geblieben war. Als Nachfolger für den Grafen Hatzfeldt in Konstantinopel gilt noch immer der jetzige deutsche Gesandte in Athen, Herr v. Radowiz.

Mit besonderem Interesse wird man dem Auftreten und den Erfolgen der Sozialdemokratie bei den bevorstehenden Reichstagswahlen entgegenzusehen dürfen. Es ist bekanntlich das erste Mal, daß unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes die Sozialdemokratie in die Wahlbewegung eintritt. Wo bisher einzelne Nachwahlen stattgefunden, war ein wesentlicher Rückgang der Partei nicht zu merken. Und man wird sich auch bei den bevorstehenden Wahlen allzusehr Hoffnungen auf den Niedergang dieser Bewegung nicht hingeben dürfen. Freilich sind den Sozialisten in der öffentlichen Agitation die Hände gebunden, allein es sind naturgemäß noch immer Fäden genug vorhanden, mit denen die Bewegung aufrecht erhalten und geleitet wird. Wenn wir uns darauf gefaßt machen, daß die Anzahl der abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen auch unter der Herrschaft des Sozialistengesetzes einen erheblichen Rückgang gegen früher nicht aufweist, so sind wir damit doch sehr entfernt davon, zuzugeben, daß sich dieses Gesetz nicht bewährt und seinen Zweck verfehlt habe. Daß man die sozialdemokratische Gesinnung mit diesem Gesetz unterdrücken könne, wird wohl Niemand angenommen haben; man konnte nur danach streben, die äußere Agitation und Aufregung zu ersticken. In wie weit die positive heilende Thätigkeit der bürgerlichen Gesellschaft mit der Anwendung der Unterdrückungsmaßregeln gleichen Schritt gehalten hat, wollen wir heute nicht untersuchen, zu sehr befriedigenden Resultaten würden wir schwerlich gelangen. Die sozialpolitische Reform, welche der Reichsanzler in der verflochtenen Session in Angriff genommen hat, ist bis jetzt an der Unreife der gemachten Vorschläge gescheitert, wir hegen aber das Vertrauen, daß diese Vorschläge, soweit sie von gesunden Grundlagen ausgehen, erreichbare Ziele anstreben und nicht lediglich als leicht hingeworfene lockende Versprechungen für die Wahlen sich erweisen, ihrer Verwirklichung, vielleicht schon in der demnächst beginnenden Legislaturperiode, entgegen gehen werden. Es scheint uns im liberalen Interesse durchaus nicht wohlgethan, der von dem Reichsanzler eingeschlagenen Bahn sozialpolitischer Reform jede Berechtigung und jede Aussicht auf Durchführbarkeit von vornherein abzuspochen; man wird freilich mit größter Vorsicht und Besonnenheit diesen theilweise ganz unübersehbaren Projekten mit ihren weittragenden Konsequenzen entgegenzutreten, man wird gewissen Bestandtheilen des sozialpolitischen Reformprogramms des Reichsanzlers prinzipiell die Zustimmung verweigern müssen. Allein es bleibt unbestreitbar ein Kern wohlgeheimer, erfolgversprechender und auch praktisch ausführbarer Vorschläge, über die sich alle Parteien mit der Regierung verständigen könnten und vielleicht auch werden, wenn einmal diese Fragen den Wirren des Wahlkampfes entzogen sein werden. Eine interessante Frage ist nun aber auch, wie die Versprechungen und Reformversuche des Reichsanzlers auf die Haltung der Sozialdemokraten bei den Wahlen wirken werden. Diese Partei wird ja eine

erhebliche Zahl von Abgeordneten auf keinen Fall durchbringen, wohl aber ist sie in vielen Wahlkreisen in der Lage, einen bedeutenden Einfluß auf den Ausfall der Wahl auszuüben, sie wird in mehr als einem Wahlkreis, wo sie selbst nicht durchzubringen vermag, durch das Gewicht ihrer Stimmen den Ausschlag zwischen Kandidaten anderer Parteien zu geben haben. Daß sich eine besondere Erwärmung für die Reformprojekte des Reichsanzlers in den Kreisen, in denen die Sozialdemokratie ihre festesten Wurzeln hat, kundgegeben hätte, wird man nicht behaupten können. Andererseits haben aber die Liberalen auch Unterstützung Seitens der Sozialdemokratie schwerlich zu erwarten, höchstens in dem Fall, daß sie sich verpflichten, einer weiteren Prolongation des Sozialisten-Gesetzes nicht zuzustimmen; eine derartige Verpflichtung wird aber wohl nur die Fortschrittspartei übernehmen. In welcher Richtung das nicht zu unterschätzende Gewicht der sozialdemokratischen Stimmen schließlich in die Waagschale gelegt werden wird, scheint uns ein heute noch schwer berechenbarer Faktor.

In Oesterreich dauert die Erregung über die Prager Exzesse in unvermindertem Maße fort, wenngleich die äußere Ruhe in der böhmischen Hauptstadt zunächst wieder hergestellt ist. Die Entrüstung der gesamten deutschen Bevölkerung, welche durch die völlig haltlosen und den öffentlichen Thatfachen widersprechenden Versuche der Czechen, die deutschen Studenten für die Tumulte verantwortlich zu machen, noch gesteigert ist, macht sich Luft in den schärfsten Angriffen der Presse, welche mit Nachdruck verlangt, daß von Seiten der Regierung in den nationalen Fragen eine Politik eingehalten werde, welche für die Zukunft den Uebermuth des slavischen Elementes in Schranken halte und dem deutschen Elemente die ihm in dem Kaiserstaate gebührende Stelle sichere. Beachtung verdient, daß auch ungarische Blätter sich in ähnlichem Sinne aussprechen und dabei betonen, daß bei der Fortdauer der gegenwärtigen Verhältnisse sich ein scharfer Gegensatz zwischen Ungarn und Oesterreich herausbilden und die besten Bürgschaften einer ersprießlichen auswärtigen Politik zerstören würde. — In Prag fand in der Nacht vom 8. Juli wieder ein kleiner Krawall gegen die Deutschen statt. Im Augustiner-Brauhaus befand sich eine deutsche Gesellschaft. Weil dieselbe deutsch sprach, wurde sie von den Czechen „deutsche Hunde“ angerufen und mit Stühlen bombardirt. — Durch die auch zu Reichenberg in Böhmen während der letzten Tage vorgekommenen tschechischen Exzesse hat sich der dortige Magistrat genöthigt gesehen, eine Kundmachung zu veröffentlichen, in welcher es heißt, die Stadt sei in der jüngsten Zeit der Schaulapf bedenklicher Volksansammlungen gewesen, bei denen sogar die körperliche Sicherheit einzelner Personen bedroht, ja selbst verletzt wurde, so daß die Sicherheitsbehörde einschreiten und mehrere Verhaftungen vornehmen mußte. Es ergehe daher an alle Eltern, Vormünder, Lehrherren, Gewerbeinhaber und Dienstgeber der gemessene Auftrag, ihre Pflegebefohlenen, Lehrlinge, Arbeitsgehilfen und Dienstboten nach dem Eintritte der neunten Abendstunde im Hause zu behalten und sie nach dieser nicht mehr aus dem Hause gehen zu lassen. — Die tschechischen Blätter haben seit dem 7. Juli bezüglich des neuernannten Leiters der Statthalterei, Feldmarschall-Lieutenant Dr. Kraus, eine Schwelung gemacht. Sie beurtheilen denselben plötzlich sehr freundlich.

Von den 318 italienischen Abgeordneten, welche sich an der Abstimmung über den, die Vernehmung des Kontingents der politischen Wähler betreffenden Theil des neuen Wahlgesetzes betheiligten und von denen 202 ein Votum abgegeben haben, reiste beinahe die Hälfte schon am nächsten Tage von Rom ab, so daß die Kammer in der folgenden Sitzung beschlußunfähig war. Die am 24. März d. J. begonnene und in ihrem wesentlichsten Theile beendete Wahlreform-Debatte, welche 41 Sitzungen in Anspruch nahm, hat aber die Kräfte der Deputirten erschöpft und wenn es auch an gutem Willen, ihre Pflicht zu thun, nicht fehlt, so ist doch bei den Meisten das Fleisch zu schwach, und täglich von 10—12 Uhr Vormittags an bis 3—7 Uhr Nachmittags, also 7 Stunden bei einer Glühitze von 36—37 Grad in einem, der Temperatur nach einem Backofen nicht unähnlichen, geschlossenen

Raum zu berathen, ist auch gar keine Kleinigkeit. Unter solchen Umständen muß sich daher die Regierung mit dem Möglichen begnügen und wenn sie, abgesehen von der Militärvorlage, in welcher sie ihre Erwartungen auch auf ein Minimum zu reduzieren gezwungen sein wird, noch im letzten Stadium die Budgets pro 1881 erledigen lassen kann, so darf sie sich wirklich mit dem Erreichten begnügen, denn unter den bestehenden Verhältnissen mehr zu fordern wäre absolut unmöglich. Aber auch den Budgets dürfte nur eine provisorische Genehmigung zu Theil werden; dagegen ein definitives Votum erst den Sitzungen nach den Sommerferien, den im November wieder aufzunehmenden Sitzungen der Kammer vorbehalten bleiben. — Die Senatskommission für die Wahlreform-Vorlage beschloß, die weitere Berathung bis zum Zusammentritt der Kammern im November zu vertagen.

Die Sorge der französischen Regierung wird fortwährend durch die nordafrikanischen Unruhen in Anspruch genommen. Es ist nach zweitägigem Bombardement fast vollständig in Trümmer gelegt worden, die Moschee wurde zerstört. Eine Landung französischer Truppen hat noch nicht stattgefunden, da Verstärkungen aus Toulon zuvor erwartet werden, wie auch die Ankunft mehrerer Kanonenboote zum Schutze der Auschiffung. Der niedrige Wasserstand gestattet den Panzerschiffen nicht, sich der Küste soweit zu nähern, um die Landung der Truppen gehörig zu unterstützen. Die Araber haben das Feuer erfolglos erwidert; ihre Kanonen trugen nicht weit genug, um die Panzerschiffe zu treffen. Es ist ziemlich stark besetzt, die Zahl der Araber, welche die Umgebung besetzt halten und die Ausschiffung der Franzosen erschweren, wird auf 10—15 000 geschätzt. Unter den tunesischen Truppen, die gleichfalls gegen Esch abgefeuert waren, herrscht Mißstimmung und Demoralisation; dieselben sollen nur auf den günstigsten Augenblick warten, um zu den Insurgenten zu desertiren. Aus mehreren tunesischen Küstenstädten kommen gleichfalls Nachrichten von wachsender Aufregung, so daß eine Entsendung von Kriegsschiffen dahin in Aussicht genommen ist. Das Panzergeschwader des Mittelmeeres, aus acht Schiffen erster Ordnung bestehend, ist am Sonnabend bei Toulon angelangt, um Kohlen und Proviantvorräthe zu komplettiren und sich bereit zu halten, auf das erste Signal in See stechen zu können. Der Kriegsminister scheint zu den abzubehenden Truppenkontingenten jetzt die vierten Bataillone verwenden zu wollen, aus denen kombinierte Marschregimenter gebildet werden. So haben weitere vier vierte Bataillone der Pariser Garnison den Befehl zum Abmarsch nach Afrika erhalten. Man sieht also, daß die Lage der Dinge in Nordafrika eine durchaus ernste ist. Die Gerüchte, nach welchen Bu-Amema die Offensive ergriffen hätte, finden keine Bestätigung. Es sind Maßregeln getroffen worden, um neue Ueberfälle zu verhindern; allein angesichts der in der Sahara herrschenden Hitze erscheint es unmöglich, Bu-Amema im äußersten Süden vor dem Herbst anzugreifen. — Dubodan von der Rechten wird am Mittwoch über die algerischen Angelegenheiten interpelliren.

Der ungemein glänzende Empfang, welchen die Offiziere des seit einiger Zeit in der Ostsee kreuzenden englischen Geschwaders im Hoflager des russischen Kaisers zu Peterhof, sowie in Kronstadt gefunden haben, entbehrt wohl nicht einer gewissen politischen Nebenbedeutung. Man scheint in Rußland durch die warme Aufnahme, welche die russische Kaiserfamilie und die Behörden von Kronstadt den englischen Gästen bereitet, die gegenwärtigen guten Beziehungen zwischen England und Rußland betonen zu wollen und dieses Bestreben wird auf englischer Seite voll gewürdigt. Das englische Geschwader hat am Freitage Nachmittags 6^{3/4} Uhr den Hafen von Kronstadt verlassen. Vor der Abfahrt hatten der Kaiser, die Kaiserin, der Großfürst Thronfolger, Großfürst Wladimir nebst Gemahlin, die Großfürsten Alexei Alexandrowitsch, Michael Nikolajewitsch nebst Sohn, der Herzog von Leuchtenberg mit Gemahlin und die Prinzen von Oldenburg und von Mecklenburg-Schwerin nebst Gefolge das Geschwader besucht. Auf dem Panzerschiffe „Perfules“ wurden die russischen Gäste mit einem Frühstück bewirthet. Nachdem dieselben später den „Perfules“ besichtigt hatten, begaben